

Anlage 5 zur Tischvorlage 085/2010  
 HSK - Vorschläge der Fraktionen

**FB 5/6**

Lfd. Nr.	Fraktion	Thema
1	SPD	Personaleinsatz Gewerbetwesen
2	Grüne	Anwohnerparkausweise
3	Grüne	Beschaffungen Brandschutz
4	CDU	Umstrukturierung Recht/ Sicherheit/ Ordnung
5	FDP	Bürgerservice
6	FDP	shared service "Bürgerbüro"
7	CDU	Umstrukturierung Bauverwaltung
8	SPD	Interkommunale Zusammenarbeit Bauen und Wohnen
9	FDP	shared service "Bauamt"
10	Grüne	Heimatfest
11	CDU	Pauschale Kürzung Sach- und Dienstleistungskosten
12	SPD	Dienst- und Sachleistungskosten
13	FDP	Museum
14	FDP	Winterdienst
15	FDP	Kehrpflicht
16	SWG	Landesbetrieb Straßenbau NRW
17	CDU	Überprüfung Gebührenordnungen
18	Grüne	Verwaltungsgebühren
19	SWG	Zuschüsse
20	Die Linke	Bürgerhaushalt
21	Die Linke	EU-Büro
22	Die Linke	Nachhaltigkeitserklärung

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
1	5/6	02.01.02	Gewerbewesen		
	1				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Überprüfung des lt. GPA Berichts hohen Personaleinsatzes

### Umsetzung

Neben der Sachbearbeitung im Bereich Ordnung ( 70 % Stellenanteil, Gaststättenwesen, Überwachungsgewerbe, Spielhallen u.a.) sind dem Produkt Stellenanteile des Außendienstes (Überwachung Gewerbewesen, Wochenmarkt) zugewiesen, ebenso anteilig alle Mitarbeiter des Bürgerbüros (An-, Um-, Abmeldungen, Gewerbekartei).

Reduzierung der Personalkosten im Bürgerbüro bei Verkürzung der Öffnungszeiten ( vgl. dort)

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
2	5/6	02.01.04	Parkraumüberwachung	432100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher	8.000	10.000	8.000	10.000	8.000	10.000
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Erhöhung der Gebühren für Anwohner-Parkausweise

### Umsetzung

Vgl. Vorlage 065/2010 Einzelvorschläge der Verwaltung (Bereich II), Anlage 9 (S. 11):

„Prüfauftrag:

*Erhöhung von Verwaltungs-/ Benutzungsgebühren durch Anpassung der jeweiligen Rechtsgrundlagen.*

*Jährliche Anpassung der Öffentlich-rechtlichen Gebühren per Indexierung. Angenommene Steigerung 1,5 %/ Jahr.“*

Die Höhe der Gebühren für Anwohner-Parkausweise richtet sich nach der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr). Bei der betreffenden Gebühren-Nummer 265 ist ein Gebührenrahmen von 10,20 € bis 30,70 € vorgesehen. Im Dezember 2009 hat beim EN-Kreis eine Anpassung der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr stattgefunden, bei der die Gebührenhöhe für Anwohner-Parkausweise kreiseinheitlich auf 30 € festgelegt wurde.

### Auswirkungen

keine

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
3	5/6	02.01.08	Brandschutz		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrgeräten/ -fahrzeugen mit anderen Kommunen oder zentral über den EN-Kreis.

### Umsetzung

Die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten erfolgt bereits in geeigneten Fällen über den ERK (regelmäßiger Etatansatz „Kreisfeuerwehrzentrale“, zuletzt digitale Alarmierung/Digitalfunk) bzw. über die „Kommunalberatung des StGB NW (KuA). Die KuA initiiert seit geraumer Zeit Sammelausschreibungen für standardisierte Großfahrzeuge, an denen sich die Stadt in geeigneten Fällen beteiligt (aktuell Rüstwagen). Daneben werden Spezialfahrzeuge und Geräte nur bei einzelnen Feuerwehren vorgehalten und bei Bedarf gemeindeübergreifend eingesetzt („Gefahrgut-Meßfahrzeug“, Ölsperren, verschiedene Wechselladerfahrzeuge pp.) .

Die Wartung und Prüfung spezieller Ausrüstung und Geräte (Atem-, Chemieschutz, Messgeräte, Schläuche, pneumatische Hebegeräte etc.) erfolgt zentral bei der Kreisfeuerwehrzentrale bzw. in Feuerwachen der Nachbargemeinden.

### Auswirkungen

Das Gebot der Kostenreduzierung durch gemeinsame Beschaffung oder Vorhaltung von Fahrzeugen und Gerät wird weiterhin beachtet, konkrete Einsparmöglichkeiten durch Veränderung anstehender Beschaffungsmaßnahmen sind derzeit nicht ersichtlich.

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
4	5/6				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung auf andere Gebietskörperschaften bzw. Übernahme von Aufgaben im Rahmen interkommunaler Kooperation im Bereich Recht/ Sicherheit und Ordnung.

### Umsetzung

Mit der Stadt Gevelsberg wurde eine Ordnungspartnerschaft über den gemeinsamen Einsatz eines Sicherheitsunternehmens zur Unterstützung ordnungsbehördlicher Aufgaben im Außendienst vereinbart.

Eine weitere Zusammenarbeit der Ordnungsbehörden wird geprüft.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
5	5/6	02.01.05	Bürgerservice		

Produkt: Bürgerservice	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

- Reduzierung der Öffnungszeiten
- Einrichtung eines interkommunalen Angebotes

### Umsetzung

s.a. lfd. Nr. 6 „shared service Bürgerbüro“

„Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Bürgerbüros der Nachbarstädte müssen im Rahmen eines Prüfauftrags ermittelt werden.

Denkbar – und in Ausnahmefällen bereits praktiziert eine Zusammenarbeit bei der Ausstellung von Ausweisdokumenten an Wochenenden oder Feiertagen. Bei einer ständigen Einrichtung wäre ein gemeinsamer Zugriff auf die jeweiligen Einwohnerdaten sicherzustellen.“

Nach dem aktuellen Personalverteilungsschlüssel für das Bürgerbüro würde bei einer Reduzierung der Öffnungszeiten um 3 Stunden Eine Personaleinsparung in einer Größenordnung von 0,38 Vollzeitstellen erzielt werden können.

### Auswirkungen

Siehe vorstehend

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
6	5/6	02.01.05	Bürgerservice		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Einrichtung shared service „Bürgerbüro“

### Umsetzung

Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Bürgerbüros der Nachbarstädte müssen im Rahmen eines Prüfauftrags ermittelt werden. Denkbar – und in Ausnahmefällen bereits praktiziert eine Zusammenarbeit bei der Ausstellung von Ausweisdokumenten an Wochenenden oder Feiertagen. Bei einer ständigen Einrichtung wäre ein gemeinsamer Zugriff auf die jeweiligen Einwohnerdaten sicherzustellen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
7	5/6				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung auf andere Gebietskörperschaften bzw. Übernahme von Aufgaben im Rahmen interkommunaler Kooperation im Bereich Bauverwaltung.

### Umsetzung

Im Rahmen eines Prüfauftrags soll u.a. ein entsprechendes Projekt der Städte Hückeswagen und Wipperfürth bzw. des Oberbergischen Kreises (Kooperation auf dem Gebiet der Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde) ausgewertet werden, auf welches auch die Bezirksregierung verweist. Kooperationen mit Nachbargemeinden sind darüber hinaus denkbar in den Bereichen „Denkmalschutz“ und „wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauvorhaben“, ggf. Rechtsvertretung.

Für das Geographische Informationssystem (GIS) besteht eine Kooperation mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den TBS, wodurch bereits Rabatte und sonstige Einsparungen anfallen. Eine Kooperation mit den Nachbarstädten im Südkreis konnte in der Vergangenheit trotz Bemühung des EN-Kreises nicht realisiert werden.

### Auswirkungen

- durch Effizienzsteigerungen bei Spezialaufgaben und/oder „Auffangen“ von Personalausfällen müssen im Rahmen der Untersuchung ermittelt werden.

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
8	5/6	10.01.xx	Bauen und Wohnen		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Interkommunale Zusammenarbeit

### Umsetzung

Vgl. die Ausführungen zu lfd. Nr. 7

Im Rahmen eines Prüfauftrags soll u.a. ein entsprechendes Projekt der Städte Hückeswagen und Wipperfürth bzw. des Oberbergischen Kreises (Kooperation auf dem Gebiet der Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde) ausgewertet werden, auf welches auch die Bezirksregierung verweist. Kooperationen mit Nachbargemeinden sind darüber hinaus denkbar in den Bereichen „Denkmalschutz“ und „wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauvorhaben“, ggf. Rechtsvertretung.

Für das Geographische Informationssystem (GIS) besteht eine Kooperation mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den TBS, wodurch bereits Rabatte und sonstige Einsparungen anfallen. Eine Kooperation mit den Nachbarstädten im Südkreis konnte in der Vergangenheit trotz Bemühung des EN-Kreises nicht realisiert werden.

### Auswirkungen

- wie vor

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
9	5/6				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Einrichtung shared service „Bauamt“

### Umsetzung

Prüfauftrag

Vgl. die Ausführungen zu lfd. Nr. 7

Im Rahmen eines Prüfauftrags soll u.a. ein entsprechendes Projekt der Städte Hückeswagen und Wipperfürth bzw. des Oberbergischen Kreises (Kooperation auf dem Gebiet der Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde) ausgewertet werden, auf welches auch die Bezirksregierung verweist. Kooperationen mit Nachbargemeinden sind darüber hinaus denkbar in den Bereichen „Denkmalschutz“ und „wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauvorhaben“, ggf. Rechtsvertretung.

Für das Geographische Informationssystem (GIS) besteht eine Kooperation mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den TBS, wodurch bereits Rabatte und sonstige Einsparungen anfallen. Eine Kooperation mit den Nachbarstädten im Südkreis konnte in der Vergangenheit trotz Bemühung des EN-Kreises nicht realisiert werden.

### Auswirkungen

- wie vor

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
10	2	Versch.			
	5/6	Versch.			
	TBS				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Kritische Überprüfung der Gesamtkosten des Heimatfestes.

### Umsetzung

FB 5/6: Für den Etat 2010 wurde eine verbesserte Darstellung der Kosten des Heimatfestes vorgenommen. Im Produkt 02.01.02 werden nur noch die für die Heimatfestkirmes entstehenden Kosten dargestellt.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
11	versch.	versch.			

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Kürzung der Sach- und Dienstleistungskosten um 20 %

### Umsetzung

Im Rahmen der Beratungen zu den Konsolidierungsvorschlägen wurden mit den verschiedenen Fachbereichen auch Reduzierungen bei den Dienst- und Sachleistungskosten diskutiert. Die Ergebnisse sind in die Vorlage 065/2010 Pauschale Kürzungen Bereich I eingegangen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
12		versch.			

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Optimierung von Dienst- und Sachleistungskosten.

### Umsetzung

Im Rahmen der Beratungen zu den Konsolidierungsvorschlägen wurden mit den verschiedenen Fachbereichen auch Reduzierungen bei den Dienst- und Sachleistungskosten diskutiert. Die Ergebnisse sind in die Vorlage 065/2010 Pauschale Kürzungen Bereich I eingegangen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
13	2	04.01.02	Museum		
	5/ 6		Standesamt		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

- Einbindung der Bürger in den Museumsbetrieb
- Kürzung der Öffnungszeiten
- Überprüfung des Angebotes (auch im Hinblick auf Erweiterungen wie z.B. Seminare, Trauungen)

### Umsetzung

FB 5/6: Die Durchführung von Trauungen im Haus Martfeld setzt auch die Anwesenheit von Aufsichtspersonal des Museums voraus. Es liegen kostenmäßige Betrachtungen aus früheren Jahren zur Ausweitung von Trauzeiten vor. Eine Würdigung unter übergreifenden Gesichtspunkten („Standortfaktor“) muss noch erfolgen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	Fachbereich	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
14	IM	01.01.12	Zentrales Grundstücksmanagement	522119	Winterdienst
	IM	01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	522119	Winterdienst
	5/ 6	12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	522119	Winterdienst

Produkt: Zentrales Grundstücks-/ Gebäudemanagement/ Gemeindestraßen	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110000
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Übertragung des Winterdienstes an den Bürger (soweit möglich)

### Umsetzung

FB 5/6: Winterdienst (und Straßenreinigung) sind gem. Straßenreinigungssatzung TBS ( § 2 Abs. 1 i.V.m. Straßenverzeichnis) bereits weitgehend auf die Eigentümer der erschlossenen Grundstücke übertragen. Der Etatansatz bezieht sich auf die Reinigung der Flächen, für die eine Übertragung nicht möglich ist ( z.B. Gehweg um den Neumarkt) oder von Straßen im Außenbereich, für die die Stadt die Verkehrssicherungspflicht trägt.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
15	IM	01.01.12	Zentrales Grundstücksmanagement	524120	Grundbesitzabgaben
	IM	01.01.13	Zentrales Gebäudemanagement	524120	Grundbesitzabgaben
	5/ 6	12.01.01	Gemeindestraßen, -wege, -plätze	524120	Grundbesitzabgaben
	5/ 6	12.01.04	Parkeinrichtungen	524120	Grundbesitzabgaben
	IM	13.01.01	Öffentliche Grünflächen	524120	Grundbesitzabgaben

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher	1.293.800	1.278.200	1.278.300	1.278.800	1.279.300	1.293.800
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Übertragung der Kehrpflicht an den Bürger (soweit möglich)

### Umsetzung

FB 5/6: Straßenreinigung (und Winterdienst) sind gem. Straßenreinigungssatzung TBS ( § 2 Abs. 1 i.V.m. Straßenverzeichnis) bereits weitgehend auf die Eigentümer der erschlossenen Grundstücke übertragen. Bei dem vorstehenden Etatansatz handelt es sich nicht um Straßenreinigungsgebühren, sondern um die Niederschlagswassergebühren für die Entwässerung der öffentlichen Verkehrsflächen, die auf die Stadt als Eigentümerin der Flächen entfallen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
16	TBS				
	FB 5/6				

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag	10.500	10.500	10.500	10.500	10.500	10.500

### Maßnahmen

Aufgabe der Pflege- und Sicherungsarbeiten in der Verantwortlichkeit des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Die dadurch frei werden- den Stellen bei den TBS werden mit einem „kw“ Vermerk versehen.

### Umsetzung

FB 5/6: Die hier angesprochenen Arbeiten haben mittlerweile ein Volumen von ca. 11.500 €. Die Abgeltungszahlung des Landesbetrie- bes beträgt 1.000 €. Eine Kontaktaufnahme mit dem Landesbetrieb mit dem Ziel einer Anpassung des Entgelts ist vorgesehen; bei Nichteinigung kommt eine einseitige Aufkündigung der Pflegevereinbarung in Betracht.

### Auswirkungen

Ungepflegte und verschmutzte Grünstreifen an Bundes- und Landesstraßen im Stadtgebiet. Zunehmende Bürgerbeschwerden.

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
17	versch.	Versch.			

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Überprüfung sämtlicher Gebührenordnungen!

### Umsetzung

Vgl. auch Vorlage 065/2010 Einzelvorschläge der Verwaltung (Bereich II), Anlage 9 (S. 11-14):

„Prüfauftrag:

*Erhöhung von Verwaltungs-/ Benutzungsgebühren/ Leistungsentgelten durch Anpassung der jeweiligen Rechtsgrundlagen.*

*Jährliche Anpassung der Öffentlich-rechtlichen Gebühren/ sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte per Indexierung. Angenommene Steigerung 1,5 %/ Jahr.“*

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
18	versch.	versch.		431100	Verwaltungsgebühren

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Erhöhung der Verwaltungsgebühren, sofern eigene Steuerungsmöglichkeiten vorhanden sind.

### Umsetzung

Vgl. Vorlage 065/2010 Einzelvorschläge der Verwaltung (Bereich II), Anlage 9 (S. 11):

„Prüfauftrag:

*Erhöhung von Verwaltungs-/ Benutzungsgebühren durch Anpassung der jeweiligen Rechtsgrundlagen.*

*Jährliche Anpassung der Öffentlich-rechtlichen Gebühren per Indexierung. Angenommene Steigerung 1,5 %/ Jahr.“*

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
19	Versch.	Versch.			

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

- Streichung aller Zuschüsse <500€ jährlich/ pro Empfänger.
- Kürzung aller anderen Zuschüsse um 20 %.
- Dadurch wegfallende Arbeitszeitstunden/ Stellen sollen mit „kw“ Vermerk versehen werden.

### Umsetzung

Vgl. auch Sitzungsvorlagen 017/2010 Anlage 3 und 048/2010; 056/2010 (Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen)

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
20		versch.	versch.		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Einführung Bürgerhaushalt

### Umsetzung

Prüfauftrag!

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
21		versch.	versch.		

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Einführung eines „EU-Büro“:

- rechtzeitige und planvolle Antragstellung auf EU-Fördermittel
- sowohl für die öffentliche Hand, als auch für Privatpersonen

### Umsetzung

Prüfauftrag!

FB 5/6: Die Prüfung und ggf. Beantragung von Fördermitteln erfolgt regelmäßig bei Durchführung entsprechender Maßnahmen. Auf die Ausführungen in VwV 223/2009 („Beantragung von Fördermitteln zum Ausbau der Schwelmer Innenstadt“) wird i.Ü. Bezug genommen.

### Auswirkungen

Lfd. Nr.	FB	Produkt	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung
22	versch.	versch.			

	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Planung 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung Folgejahre
bisher						
neu						
Konsolidierungsbeitrag						

### Maßnahmen

Nachhaltige Stadt

- Entwicklung einer Nachhaltigkeitserklärung
- Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger

### Umsetzung

FB 5/6: Entwicklung einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie (vergleichbar Stadtentwicklungskonzept Schwelm) mit Visionen, Zielen, konkreten Maßnahmen sowie Monitoring zur Erreichung von am besten geeigneten Strategien für die Zukunftsfähigkeit Schwelms. Weitreichende Bürgerbeteiligung (Beispiel Neumarkt in der Oberpfalz).

### Auswirkungen

Ob eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie und -erklärung zur Haushaltskonsolidierung beitragen kann, ist von hier aus nicht einschätzbar. Für die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie würde zunächst erhöhter Verwaltungs- und Kostenaufwand entstehen.